

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 16. Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen (B/016/2022)

am Mittwoch, 11. Mai 2022,

16:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Beate Kursitza-Graf

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Tanja Schewe

Silvana Wendt

Anja Apel

Uwe Vetterlein

Dr. Cornelia Hähne

Maximilian Hempel

Marcel Robel

Falk Hempel

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Dr. Jan Blüher

Annett Heinich

Birgitt Prella

nicht stimmberechtigte Mitglieder

Elvira Kruse

Manuela Scharf

Ulrike Wyzisk

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Jürgen Dudeck

nicht stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Verwaltung:

Frau Cadot-Knorr

Amt für Kultur und Denkmalschutz

Gäste:

Frau Jeglinsky	Geschäftsstelle Inklusionsbeauftragter
Herr Welsch	Landesinklusionsbeauftragter
Herr Naumann	Dissidenten-Fraktion
Herr Hutschenreuther	Assistent

Schriftführer/-in:

Frau Kinscher	Bürgermeisteramt/SG Stadtratsangelegenheiten
---------------	--

T A G E S O R D N U N G**öffentlich**

- 1** Kontrolle über die Festlegungen der vergangenen Sitzung
- 2** Vorstellung Landesinklusionsbeauftragter
- 3** Nutzungs- und Betreiberkonzept Bürgerhaus Prohlis **V1319/21
beratend**
- 4** Berichterstattung der Beauftragten für Menschen mit Behinderung
- 5** Sonstiges

öffentlich

Einleitung:

Frau Kursitza-Graf begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste, stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es gibt keine Hinweise zur Tagesordnung.

1 Kontrolle über die Festlegungen der vergangenen Sitzung

Keine.

2 Vorstellung Landesinklusionsbeauftragter

Frau Kursitza-Graf begrüßt Herrn Welsch und bittet ihn, seine Aufgaben und Ziele vorzustellen. Im Anschluss können Fragen gestellt und auch inhaltliche Dinge/Probleme, im Besonderen die auf Landesebene gehören, Herrn Welsch mitgegeben werden.

Weiter begrüßt sie Frau Jeglinsky, Mitarbeiterin von Herrn Welsch.

Herr Welsch stellt sich vor, berichtet ausführlich über das Amt des Landesbeauftragten und über seine Vorstellungen der nächsten Zeit. Der Landesbeauftragte sei unabhängig, nicht weisungsgebunden und ministeriumsübergreifend tätig. Seine Tätigkeit sei eine Beratungstätigkeit und er sehe sich als Lobbyisten der Menschen mit Behinderungen. Er arbeite in vielen Fachgremien der Staatsregierung mit, wo die Sichtweise von Menschen mit Behinderungen eingebracht werden soll. Im Freistaat Sachsen gebe es ca. 800.000 Menschen mit einer anerkannten Behinderung und ca. 420.000 Menschen mit einer Schwerbehinderung. Die Arbeit mit den kommunalen Behindertenbeauftragten sei sehr wichtig. Aktuell befinde man sich in der Phase der Fortschreibung des Aktionsplanes der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Bis Ende Mai 2022 laufe noch das Online-Beteiligungsverfahren, wo man Vorschläge einbringen könne. Er hätte sich neben den gesetzlichen Aufgaben auch persönliche Schwerpunkte gesetzt, u.a. dass das Inklusionsgesetz immer im Rahmen der Evaluierung auf alle Bereiche im Freistaat Sachsen ausgeweitet wird. Weiter nenne er als Schwerpunkte den Ausbau der Partizipation, die Fortentwicklung der digitalen Barrierefreiheit und der leichten Sprache, Budget für Arbeit und Zielvereinbarungen. Positiv erwähnen möchte er die Regelung im Inklusionsgesetz, in der pro Jahr pro schwerbehinderter Mensch in Sachsen 70 Euro in den Staatshaushalt eingestellt werden für die Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Weiter teilt er mit, dass auch im MDR-Rundfunkrat ein behinderter Mensch Mitglied sei. Es hätte sich gezeigt, dass viele kleine Schritte erforderlich seien, um zu Ergebnissen zu kommen, aber es müsse losgelaufen werden. Er weist auf die Flyer „Wir klären das Clearingstelle“ und „Wir setzen uns durch Durchsetzungsstelle“ hin und übergibt das Wort an Frau Jeglinsky.

Frau Jeglinsky arbeitet für den Sächsischen Landesbehindertenbeirat für die Belange der Menschen mit Behinderungen. Sie informiert über die Mitglieder des Gremiums. Es sei die maßgebliche Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen im Sinne des § 131 SGB IX. Die Ziele des Landesbehindertenbeirates seien, auf die Inklusion und Teilhabe in Sachsen hinzuwirken und zu achten, dass die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werde. Sie erläutert ausführlich. Der Landesbehindertenbeirat sei maßgeblich und vertrete mit viel Engagement die Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger in Sachsen, die eine Behinderung haben. Sie weist auf die Internetseite „Landesbeirat.Sachsen.de“ hin. Weiter teilt sie mit, dass 2023 der Landesbeirat neu berufen werde, wo man auf der Suche nach engagierten Menschen sei. Gerne können Fragen an sie und Herrn Welsch gestellt werden.

Frau Kursitza-Graf dankt Frau Jeglinsky und Herrn Welsch für die umfangreichen Ausführungen. Sie wünscht viel Erfolg und Durchhaltevermögen und bittet die Mitglieder um Fragen.

Danken möchte auch **Frau Stadträtin Wendt** für die Vorstellung, aber sie hätte immer Bauchschmerzen, was in der Praxis das Thema Bildung betreffe. Aus persönlicher Erfahrung teilt sie mit, dass die Personallage in den Schulen sehr prekär sei, dass bei Kindern mit Behinderungen als erstes immer die Inklusionsstunden wegfallen würden. Weiter sagt sie aus, werden die Kinder in den Ferien von Horteinrichtungen ausgeschlossen. Sie erläutert an einem Fall und sehe das als Benachteiligung. Hier brauche man dringend Nachregelungsbedarf.

Frau Stadträtin Schewe äußert, es wäre doch sinnvoll, dass gesetzlich vorgegeben werde, dass genügend Mittel in die Haushalte der Kommunen für solche Stellen bzw. die Arbeit der Behindertenbeauftragten eingestellt werden. Angeblich wären keine Mittel für die Beauftragten im Haushalt vorgesehen. Sie fragt, an welcher Stelle da angesetzt werden müsse, damit sich politisch etwas bewege (Bund oder Land).

Das könne im Land Sachsen geregelt werden, so **Herr Welsch**. Mit dem Inklusionsgesetz sei verpflichtend der Vorschlag gemacht worden, dass Landkreise und kreisfreie Städte hauptamtliche Behindertenbeauftragte und Behindertenbeiräte etablieren müssen. Das sei so vorgesehen gewesen und dann hätte die Gemeinde- und die Landkreisordnung geändert werden müssen. Mit dem Inklusionsgesetz im Jahr 2019 sei das einvernehmlich gescheitert. Er hoffe, dass mit der Evaluierung des Inklusionsgesetzes etwas in Bezug auf die Beauftragten getan werde. Zum Thema Schule erörtert er, dass das Land Sachsen nicht gerade im Vordergrund sei, was schulische Inklusion angehe. Ziel sollte sein, den Bundesdurchschnitt zu erreichen. Weiter sagt er aus, beim Thema Schülerbeförderung müsse strukturell etwas geändert werden. Mit dem Aktionsplan würden in dem Bereich gute Vorschläge gemacht, aber auch keine Quantensprünge erreicht werden. Zu Beginn des neuen Schuljahres sei geplant, beim Kultusministerium ein Landesbeirat „Inklusive Bildung“ zu etablieren, wo auch der Landesinklusionsbeauftragte und der Landesbeirat vertreten sein soll. Diese Schwerpunkte sollen dann in den Landesbeirat mit eingebracht werden.

Frau Dr. Hähne denkt, dass der Landesinklusionsbeauftragte die Chance hätte, durch die Tätigkeit einen umfassenden Blick einzunehmen und dann Empfehlungen auszusprechen, was die politische Seite dann veranlassen könne, ganz konkret auch Gesetzesvorlagen ein Stück weit zu ändern. Hier im Beirat hätte man laufend auf Probleme hingewiesen, wo die Kommune an bestimmte Grenzen stoße oder unterschiedliche Zuständigkeiten innerhalb der kommunalen Regelung auftreffen und das Problem würde eben nicht gelöst. Es wäre ihr großer Wunsch, dass die

Zeit mit dem Landesinklusionsbeauftragten genutzt würde, um eine Übersicht zu haben, was nach und nach angegangen werden müsse, sodass der Inklusionsgedanke auch umgesetzt werden könne.

Das Inklusionsgesetz sehe momentan für den hauptamtlichen Beauftragten etwas vor, was es bei dem ehrenamtlichen Beauftragten bisher nicht gab, ergänzt **Herr Welsch**. Das Ergebnis seiner Tätigkeit soll ein Jahr vor dem Ende der Legislaturperiode in einem Bericht über die Staatsregierung an den Landtag gegeben werden. Dort wolle er natürlich die Defizite aufführen und Empfehlungen auszusprechen.

Frau Stadträtin Apel weist darauf hin, dass in der Schülerbeförderungsgesetzgebung des Freistaates Sachsen nicht das Wort „Schulweg“ stehen dürfte, sondern eine andere Formulierung gewählt werden müsse, weil „Schulweg“ betreffe nur den Weg zur Schule. Das müsse den modernen Erfordernissen angepasst werden. Weiter gehe sie auf Zielvereinbarungen ein, eventuell könnten Dinge beschleunigt werden.

Die Zielvereinbarungen seien im § 14 Inklusionsgesetz geregelt, äußert **Herr Welsch**. Er weise auf die offene Tagung des Beauftragten am 5. Juli 2022 hin, wo auch der Behindertenbeirat eingeladen werden soll. Die eine Zielvereinbarung sei im Internet unter „VDK Sachsen – Zielvereinbarung“ zu finden. Dort sei gesetzlich festgelegt, dass die Verbände der Menschen mit Behinderungen die Aufnahme von Gesprächen für eine Zielvereinbarung verlangen könne. Das sei eine ziemlich intensive und aufwendige Arbeit, aber man sollte zumindest das Instrument kennen und in der ein oder anderen Konstellation sei es sicher sinnvoll, es dann auch zu nutzen.

Frau Prelle gehe es um bauliche Barrierefreiheit und es sei nicht gelungen, das so eindeutig in der Novelle der Sächsischen Bauordnung zu verankern. Dies hätte auch dazu geführt, dass immer noch viele Wohnungen gebaut werden, die zwar barrierefrei erreichbar, aber nicht wirklich bewohnbar wären. Es würde sicher viel helfen, wenn das in der Sächsischen Bauordnung eindeutig formuliert wäre. Sie nennt auch das Beispiel der barrierefreien Erreichbarkeit von Räumen in Arztpraxen.

Das nimmt **Herr Welsch** gern mit. Ein Ziel sei, dass in der Sächsischen Bauordnung eine Quotierung enthalten sein müsse für barrierefreie und uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbare Wohnungen. Er sehe dies genauso.

Frau Prelle ergänzt, in Radebeul in einem neuen Ärztehaus gebe es keine Stellplätze sowie keine Rollstuhltoilette. Das dürfte heute nicht mehr passieren.

Das Thema Inklusion müsse sich in allen Bereichen wie ein roter Faden durchziehen, betont **Herr Welsch**.

Frau Heinich bittet, die Selbstvertretung in Sachsen zu fördern, vielleicht gehe hier noch mehr. Außerdem müssen die Problemlagen sichtbar werden.

Hier sei man wieder an dem Punkt Partizipation, auch was die Begleitung der Umsetzung des Aktionsplanes angehe, erörtert ausführlich **Herr Welsch**. Hier müssen die Menschen mit Behinderungen stärker beteiligt werden, er würde dafür werben.

Frau Kursitza-Graf möchte Herrn Welsch noch das Thema „Stand in Sachsen Umsetzung Rahmenvertrag fürs Bundesteilhabegesetz“ mitgeben. Hier komme man nicht weiter. Die große Sorge sei, wieder in eine Übergangsregelung zu kommen. Sie sehe hier das Land Sachsen in der Pflicht, darauf zu drängen, zu Ergebnissen zu kommen.

Hier treffe Frau Kursitza-Graf einen wunden Punkt, erläutert **Herr Welsch**. Zu den Rahmenbedingungen wolle er versuchen, mit der Vertretung der maßgeblichen beteiligten Interessenvertretung ins Gespräch zu kommen.

Frau Dr. Hähne bringt zum Ausdruck, dass es wichtig sei, in alle Richtungen deutlich zu machen, dass das Thema „Inklusion“ eine Querschnittsaufgabe ist. Bezüglich des barrierefreien Bauens und Planens wäre fatal, wenn Fördergelder, die mühselig woanders freigemacht wurden, dafür verwendet würden, um barrierefreie Zugänge im Nachgang bereitzustellen. Diese Praxis hätte man aber auf kommunaler Ebene. Die Mittel der eigentlichen Inklusion, die man vorantreiben wolle, fehlen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Kursitza-Graf** dankt Frau Jeglinsky und Herrn Welsch und wolle mit beiden in Kontakt und Austausch bleiben.

3 Nutzungs- und Betreiberkonzept Bürgerhaus Prohlis

V1319/21
beratend

Frau Cadot-Knorr bringt die Vorlage anhand einer Präsentation ein.

Frau Kursitza-Graf fragt Herrn Dr. Blüher, ob die Akteurinnen und Akteure nochmals vorgelesen werden sollen oder ob er das bereits in der Vorlage gelesen hätte.

Herr Dr. Blüher bittet darum, diese nochmals zu erwähnen.

Frau Cadot-Knorr liest die Akteurinnen und Akteure vor.

Nach mehreren erfolgten Diskussionsrunden möchte **Frau Stadträtin Apel** einige Ergänzungen einbringen. Sie geht auf den Stadtratsbeschluss von 2015 ein (Kauf der Immobilie und Entwicklung des Konzeptes). Das sei hier anders, als bei anderen Nachbarschaftszentren. Weiter geht sie auf die E-Mail von Herrn Dudeck an alle Mitglieder ein, warum im Stadtbezirksbeirat Prohlis das Konzept abgelehnt worden sei. Sie teilt mit, dass die Ablehnung formaler Art gewesen sei. Nun gebe es einen Antrag, ob ein freier Träger dieses Konzept umsetzen könne. Sie beziehe sich nochmals auf die Akteurinnen und Akteure. Ein Verein, der sich für die Betreuung bewirbt, müsse ein Wirtschaftskonzept darstellen, in dem klar ist, wie die Miete für dieses Gebäude bezahlt werden könne. Das sei eine große Herausforderung. Sie denke, dass es gut wäre, wenn keiner dieser Vereine den Zuschlag zur Betreuung erhalte, sondern die Stadt und all diese Vereine darin arbeiten könnten. Das sehe sie als Aufgabe. Sie halte es für vernünftig, die Betreuung erst einmal der JugendKunstschule zu übertragen. Die Evaluation soll nach einem Jahr der Betreuung erfolgen. Sie persönlich wolle der Vorlage zustimmen.

Frau Cadot-Knorr ergänzt, dass man sich bereits in Gesprächen befinde, um zusammenzuarbeiten.

Ist das so, dass dann noch genügend Kapazitäten vorhanden sind, möchte **Herr Dr. Blüher** wissen?

Die Flexibilität der Räumlichkeiten sei eine ganz zentrale Rolle, äußert **Frau Cadot-Knorr** und im Konzept sei vorgeschlagen, dass maximal 70 Prozent der Räumlichkeiten ausgelastet sind, also 30 Prozent auch für andere Interessierte zur Verfügung stehen würden.

Herr Dr. Blüher hinterfragt weiter, ob dann Räumlichkeiten vermietet würden.

Ja, es würde ein mehrstufiges Vermietungskonzept bzw. die Möglichkeit geben, eine Kooperation mit der JugendKunstschule einzugehen, um eben auch kostenfreie Nutzung zu ermöglichen, stellt **Frau Cadot-Knorr** dar. Je nach Nutzung werde es dann unterschiedliche Tarife geben.

Frau Stadträtin Wendt gehe davon aus, dass das Objekt barrierefrei und so eingerichtet sei, dass es von allen Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen genutzt werden könne. Weiter interessiere sie, ob der Betreiber Erfahrungen im Umgang mit Menschen mit Behinderungen hat.

Es gebe einen Behindertenstellplatz und ein Behinderten-WC, antwortet **Frau Cadot-Knorr**. Der Saal im Erdgeschoss wird ebenerdig gelegt, der Anbau würde mit einem Aufzug versehen. Weiter äußert sie, dass die JugendKunstschule als Betreiber selbstverständlich bereits Kontakt zu Menschen mit Behinderungen hätte. Gegebenenfalls könne man die Servicestelle im Inklusionsbereich Dresden kontaktieren, um sich dort noch einmal beraten zu lassen.

Frau Kursitza-Graf bittet, in der Präsentation Akteurinnen und Akteure zu ergänzen, die im Bereich von Angeboten oder Begegnungsangeboten von Menschen mit Behinderungen unterwegs seien. Sie fände es gut, wenn tatsächlich dort Räume zur Verfügung stehen würden, die von allen genutzt werden können, eben auch für bestimmte Gruppen von Menschen mit Behinderungen.

Die JugendKunstschule betreibe die Passage Gorbitz und **Frau Stadträtin Apel** sei bekannt, dass die Preise total akzeptabel seien.

Wenn die JugendKunstschule die Betreuung übernimmt, müsse die Entgeltordnung der JugendKunstschule für das Bürgerhaus nochmals überarbeitet werden, so **Frau Cadot-Knorr**. Sie erarbeite gerade eine Vorlage zur Entgeltfreiheit.

Ergänzen möchte **Frau Scharf**, dass das Bürgerhaus Prohlis zur baulichen Beratung das Büro der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und Senioren mit beraten hätte. Im Zusammenhang mit der Kommunikationsoffensive weist sie darauf hin, das Thema „Inklusion“ in den Leitbildprozess aufzunehmen.

Das Thema sei natürlich **Frau Cadot-Knorr** bewusst, sie nehme aber die Anregung gern mit.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und **Frau Kursitza-Graf** bittet um Abstimmung der Vorlage.

Herr Hempel, F. weist darauf hin, vorher den Änderungsantrag per Mail von Herrn Dudeck abzustimmen.

Das hätte **Frau Kursitza-Graf** als Hinweis und Anregung verstanden und Herr Dudeck könne nicht per Mail eine Änderung einbringen.

Sie bittet nochmals um Abstimmung der Vorlage.

Die Mitglieder stimmen ab.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 3

4 Berichterstattung der Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Frau Scharf teilt mit, dass die versprochene Übersichtserstellung zur Kommunikationsoffensive noch nachgeliefert werde.

Weiter äußert sie, dass die Arbeit am Aktionsplan wieder aufgenommen werde. Vom Land Sachsen würden Mittel für die Überprüfung von Aktionsplanprozessen aus der Kommunalpauschalenverordnung zur Verfügung stehen. Es sei geplant, eine Untersetzung bereits in der Lenkungsgruppe am 14. Juli 2022 vorzustellen.

Sie informiert über die „Special Olympics World Games“ im Juni 2023 in Berlin und erläutert, dass das die olympischen Spiele für Menschen mit einer sogenannten geistigen Behinderung seien. Zuvor wären die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu Gast in Dresden und anderen Städten. Dafür werde ein Programm vorbereitet, beispielsweise soll es ein Fest der Begegnung geben. Sie erwähne positiv die Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb Sport. Nähere Informationen bzw. Termine würde sie den Mitgliedern noch zukommen lassen. Die große Aufgabe werde die nachhaltige Gestaltung sein.

Ein weiteres großes Vorhaben seien die „Sorgenden Gemeinschaften“. Die Idee dahinter sei, dass die Menschen so lange wie möglich, mit all ihren Bedarfen in ihren Stadtteilen gut vernetzt leben können. Dafür stehen ihr Mittel zur Verfügung.

Abschließend teilt sie mit, dass im Zusammenhang mit der Kommunikationsoffensive eine Kooperation mit der TU und der VERSO GmbH zum Thema „Barrierefreie Kommunikation leicht verständliche Sprache“ bestehe. Dazu sei am 17. Juni 2022 ein Fachtag geplant. Eine Einladung würde sie den Mitgliedern noch zusenden.

Frau Kursitza-Graf schlägt vor, das Thema „Kommunikationsoffensive“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung im Juni 2022 zu setzen.

Es gibt keine Wortmeldungen.

5 Sonstiges

Keine Informationen.

Frau Kursitza-Graf dankt allen und schließt die Sitzung.

Beate Kursitza-Graf
Vorsitzende

Kerstin Kinscher
Schriftführerin

Tanja Schewe
Stadträtin

Annett Heinich
Mitglied